die Länder zu sichern, die es verwüstet hat. Auch für die Reparationsfrage soll nicht mehr, wie es der Versailler Vertrag vorgesehen hat, eine Kommission zuständig sein, deren Entscheidungen zu befolgen Deutschland sich verpflichtet hat. Sie sollen vielmehr einer internationalen Kommission unterbreitet werden. Belgien und Frankreich sollen ihre Pfänder aus der Hand geben. Wir sollen der Gewalttätigkeit der deutschen Beamten ausgesetzt bleiben und als Gegenleistung für all diese Opfer würden ihnen noch einmal ein paar auf Papier geschriebene Worte gegeben werden. Die deutsche Regierung wird, wenn sie über diese Dinge einmal nachdenken wollte, sich nicht wundern, daß Frankreich und Belgien eine derartige Haltung ablehnen.

An die Wand gequetscht.

London, 6. Mai. Der diplomatische Berichterstatter des „Observer" will wissen, daß die englische Regierung angestrengte Versuche mache, um weitere Kundgebungen gegen eine voreilige separate Aktion auf seiten Frankreichs und Belgiens in der Antwort auf die deutsche Reparationsnote zu verhindern. Die englische Regierung trachte darnach, die deutsche Note von den Alliierten als Ganzes beantworten zu lassen. Denn nach ihrer Ansicht biete eine gemeinsame Aktion der Alliierten die einzige Aussicht auf Erzielung einer Reparationsregelung. Die englische Regierung sei auch der Auffassung, daß es ein Fehler sein würde, das augenblickliche deutsche Angebot, so schlecht es auch sei, ohne Erörterung zu verwerfen. Die Hauptsache sei nach ihrer Ansicht, die diplomatische Methode gegenüber Deutschland anstelle der Methode zu setzen, die jetzt von Frankreich im Ruhrgebiet verfolgt werde. Wenn Frankreich auf einem separaten Vorgehen bestehe, werde der englischen Regierung kein anderer Weg bleiben, als eine formelle Bestätigung des Empfanges des letzten deutschen Angebotes nach Berlin zu senden und dann zu ihrer neutralen Haltung zurückzukehren.

*

Die hier zum Ausdruck gebrachten Ansichten der englischen Regierung sind dadurch durchkreuzt worden, daß Frankreich und Belgien ihre Antwort an Deutschland bereits abgesandt haben. England und Italien sind einfach an die Wand gedrückt worden und sie scheinen sich das auch gefallen lassen zu wollen! Das Ganze aber nennt man „Entente" und „Träger des Vertrages von Versailles"!

Argentinien und der Völkerbund.

Buenos-Aires, 7. Mai. Im Anschluß an die aus verschiedenen Quellen stammenden Meldungen, denen zufolge Präsident Alvear beabsichtige, nächsten Montag in seiner Botschaft an den Kongreß den Wiedereintritt Argentiniens in den Völkerbund anzukündigen, erfährt die Zeitung „La Nacion", daß es sich hierbei um verfrühte Annahmen handele, da für solche Absichten keinerlei Bestätigung vorliege.

Stresemann über die Lage.

Eisenach, 7. Mai. In einer öffentlichen Versammlung sprach gestern im Fürstenhofe zu Eisenach der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Stresemann. Seine Ausführungen beschäftigten sich sowohl mit innen- wie außenpolitischen Problemen, wobei er die Forderungen der Politik mit aller Entschiedenheit über die Forderungen der Wirtschaft stellte. Dem Worte Rathenaus: „Die Wirtschaft ist unser Schicksal!" stellte er das Wort: „Die Politik ist unser Schicksal!" entgegen. Der passive Widerstand sei unsere einzige Waffe, unsere Hauptwaffe. Trotz des passiven Widerstandes der Bevölkerung haben wir die öffentliche Meinung der Welt nicht hinter uns. Es ist bedauerlich, daß man in Deutschland die Ausführungen Bonar Laws nicht populär zu machen versucht hat, die dahin lauteten: „Wir dürfen nicht fragen, was wir brauchen, sondern was kann Deutschland bezahlen? Das können wir aber nicht bestimmen; wir sind Partei. Deutschland kann das auch nicht bestimmen — Deutschland ist auch Partei. Das kann nur der Kreditgeber festsetzen." Die Politik der Regierung Cuno war bereits in ihren Noten zur Pariser und Londoner Konferenz eine Politik der Aktivität. Betrachtet man die jetzige Note als ein Mittel, auf die öffentliche Meinung der Welt einzuwirken, so würde man Zweifel haben können, ob dieser Erfolg in höherem Maße erreicht sei. Betrachte man sie aber als die Grundlage politischer und finanzieller Fragen, so werde man an ihr nicht vorbeigehen können. Der ersten Aufwallung der Ablehnung ist die sachliche Prüfung gefolgt. Die Note enthält positive Grundlagen für die Erörterung aller Probleme. Das Hauptgewicht legte sie auf das Gutachten internationaler Sachverständiger. Es ist unverständlich, wie die französische Kritik von einem Fehlen der Garantien sprechen kann. Die Garantien der deutschen Regierung sind in der Note enthalten und auch kürzlich in der Rede des Kanzlers zum Ausdruck gekommen. In der Frage der Sicherheiten Frankreichs hat die deutsche Regierung mit den Vorschlägen, die sie im vorigen Jahre machte, schlechte Erfahrungen gemacht. Aber auch diesmal hat sie den Gedanken der Sicherung, die selbstverständlich nur auf Gegenseitigkeit beruhen kann, erneut aufgenommen und sich zu jeder Diskussion bereiterklärt. Heute liegen die Dinge so, daß der passive Widerstand auch dann fortgesetzt werden würde, wenn irgendeine deutsche Regierung sein Ende mutwillig herbeiführen wollte. Die beste Befestigung des Widerstandes wäre die Wiederherstellung der Freiheit im Ruhrgebiete und die Aufgabe der unmöglichen Politik, die man von französischer Seite aus betreibt, und die man von französischen Soldaten und französischen Offizieren ausführen läßt. Wenn schließlich Frankreich eine Umbildung des deutschen Kabinetts fordert, um zu Verhandlungen zu kommen, so muß es sich darüber klar sein, daß eine solche Umbildung des Kabinetts eine Angelegenheit ist, die nur Deutschland und keinen anderen Staat angeht, und daß Frankreich sich einem Irrtume hingibt, wenn es glaubt, daß die Politik, die unsere jetzige Regierung treibt, und die, wie wir wissen, im Widerspruch zu gewissen maßgebenden französischen Kreisen steht, von irgendeinem deutschen Kabinett geändert werden könnte.

Der Vertreter des Reichskohlenkommissars ausgewiesen.

Paris, 5. Mai. Die Rheinlandkommission beschloß, den Posten des Delegierten des Reichskohlenkommissars im besetzten Gebiete aufzuheben. Der gegenwärtige Delegierte Wolff muß die Rheinlande verlassen.

Höllein bleibt in Haft.

Paris, 7. Mai. Wie der „Matin" mitteilt, werden der kommunistische Abgeordnete Cachin und seine Mitangeklagten am heutigen Montag provisorisch aus der Haft entlassen. Der deutsche kommunistische Reichstagsabgeordnete Höllein dagegen wird weiter in Haft behalten.

Jasper und Poincare Hand in Hand.

Paris, 7. Mai. Wie das „Echo de Paris" aus Brüssel meldet, hat der belgische Außenminister Jaspar gestern in einer Ansprache erklärt: Wir werden das Ruhrgebiet erst an dem Tage räumen, an dem die Reparationen durchgeführt sind. Wir wollen unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage der Welt bezahlt werden. Es besteht jedoch ein Minimum, unter das man nicht hinuntergehen kann und darf. Wenn jemand eines Tages untergehen muß, so wollen wir das nicht sein. — Dem „Oeuvre" zufolge hat der Minister auch noch gesagt, von gewisser Seite werde erklärt, daß Frankreich und Belgien schwarze Absichten haben. Man werfe Frankreich vor, es wolle seinen besiegten Gegner noch zerstückeln. Frankreich und Belgien würden das Ruhrgebiet nur so räumen, wie die Reparationen garantiert sind.

Der Krupp-Prozeß.

Werden, 5. Mai. Die heutige Verhandlung des französischen Kriegsgerichts gegen die Krupp-Direktoren begann mit einiger Verspätung. Als erster Zeuge wurde v. Bülow aufgerufen. Er ist am Ostersonnabend mit Krupp nach der Fabrik gefahren. Kurz vor der Einfahrt hatte er erfahren, daß eine französische Abteilung nach der Fabrik gekommen sei. Der Zeuge ist Abteilungschef und unterstand dem Angeklagten Direktor Bauer. Er war generell damit beauftragt, mit französischen Kommissionen, die in den Betrieb kamen, zu verkehren und sie zu empfangen. Er ist nicht nach der besetzten Autohalle gegangen und hat auch dorthin niemanden gesandt, weil das nicht seines Amtes war. Die Abteilung, die von einem Offizier geführt wurde, war nur nach der Halle gekommen zum Schutze einer Kommission, die nachfolgen sollte. Die Ankunft dieser Kommission wollte Zeuge abwarten, um sie seinem Auftrag gemäß zu empfangen. Der Zeuge bestätigt auch ferner, daß die Direktoren Schraepler u. Cuntz den Befehl zum Ertönen der Sirenen gaben, nachdem sie mit Mitgliedern des Arbeiterrates verhandelt hatten.

Der nächste Zeuge ist ein französischer Soldat, der dem Kommando angehörte, das nach der Autohalle entsandt wurde. Er erkennt in der Reihe, der Angeklagten niemanden wieder, und auch, als ihm der Betriebsrat Müller gegenübergestellt wird, kann er ihn nicht als den Mann wiedererkennen, der sich als Chef der Autohalle vorgestellt habe. Er erzählt die Vorgänge des blutigen Tages in der gleichen Weise, wie sie schon der französische Leutnant schilderte. Er gibt an, daß die große Menge, die sich angesammelt hatte, den Franzosen das Gefühl der Furcht eingeflößt habe. Der Zeuge bestätigt auch, daß er sich mit dem Betriebsrat Müller und den anderen Betriebsratsmitgliedern, kraft einiger Kenntnisse der deutschen Sprache, verständigen konnte.

Hier kam es zu einem Zwischenfall. Direktor Oesterlen überredete dem neben ihm sitzenden Müller einige Worte des in der Hauptsache ohne Dolmetscher vernommenen französischen Zeugen, wogegen der Staatsanwalt erregt Einspruch erhob. In recht erhebliche Widersprüche verwickelte sich der Zeuge auch beim letzten wichtigen Teil seiner Aussagen. Wie er behauptete, habe Müller gesagt, die Menge soll auseinandergehen, da der Offizier sonst schießen lassen werde. Auf Vorhalt mußte er endlich zugeben, daß er wohl gesagt habe, es werde geschossen werden, wenn die Menge die Eingänge des Tunnels überschreite. Der Zeuge soll schließlich vor dem Feuerbefehl des Offiziers fünf- bis sechsmal die Worte gesprochen haben: „Wenn Sie nicht weggehen, gibt es Feuer.

Als letzter Belastungszeuge im Prozeß gegen die Krupp-Direktoren trat noch am Sonnabend vormittag Snowden auf, der sich in dem Auto befand, das am 31. März in der Altendorfer Straße von der erregten Menge angehalten und umgestürzt wurde. Er ist nach seiner Aussage von der Arbeiterschaft beschimpft und mißhandelt worden. Er muß aber zugeben, daß er schließlich durch das tatkräftige Eingreifen der Kruppschen Feuerwehr vor weiterem bewahrt worden sei. Die Feuerwehr habe in jeder Beziehung beruhigend auf die Menge einzuwirken versucht und durch Spalierbildung gegen die Massen ihn vor weiterer Gefährdung bewahrt. Der Zeuge will auch das Gespräch zweier Arbeiter ziemlich unmittelbar nach dem Vorgang gehört haben. Sie hätten erklärt, der französische Offizier habe zunächst eine Salve in die Luft abgeben lassen. Zwischen diesen Schreckschüssen und der nächsten scharfen Salve hätten die Arbeiter Zeit genug gehabt, an den Truppen vorbei sich in Sicherheit zu bringen. (!)

In der Nachmittagssitzung kommt es zu bewegter Rede und Gegenrede zwischen dem Vertreter der Anklage u. dem Verteidiger Moriand, als Direktor Hartwig auf einer Anfrage des Anklagevertreter erklärt, daß bei der Firma Krupp ein spezielles Propagandabureau bestehe, aber ausdrücklich hinzugesetzt, daß es sich um ein reines Reklamebureau für die Erzeugnisse der Firma handle, in dem Kataloge und ähnliches Material zusammengestellt würden.

Nach der Vernehmung des Betriebsmitgliedes Brechtler, der aus eigener Erfahrung nichts von den Vorgängen des 31. März weiß, wird der Fräser Huhn als Zeuge gehört, der Mitglied des Betriebsrates und als solches von jeder Arbeit entbunden ist. Er berichtet, daß beschlossen worden sei, da die in der Autohalle stehenden Autos zum Transport von Arbeitern und Lebensmitteln benötigt wurden, zur Direktion zu gehen und die Sirenen ziehen zu lassen, um durch eine friedliche Demonstration den französischen Truppen zu zeigen, daß die Arbeiterschaft mit der Beschlagnahme der Autos nicht einverstanden sei.

Als der am Vormittag vernommene Jequier, der als Dolmetsch gedient hatte, hierzu gefragt wird, erklärt er, die beiden hätten sich als „Chefs von der Kommission der Autogarage" vorgestellt (!). Die Verteidigung macht hier sofort auf den Gegensatz zu der Aussage von früh aufmerksam, wo der Dolmetsch das Wort „Betriebsbesitzer" gebraucht hätte. Der Zeuge bestätigt auch noch, daß die beiden Direktoren, bevor der Befehl zum Ziehen der Sirenen gegeben wurde, den Betriebsrat mit größter Entschiedenheit gefragt hätten, ob er die Verantwortung für den friedlichen Charakter der Demonstration übernehme, was die Betriebsräte auch ganz entschieden bejaht hätten. Müller habe in jeder Weise beruhigend auf die Menge zu wirken gesucht und niemand aufgefordert, hinter die Garage zu gehen. — Vorsitzender des Betriebs- und Arbeiterrates Brehme schildert die langsame Entwicklung der Stimmung der Arbeiterschaft, die schließlich zu Vereinbarungen zwischen den Direktoren Schraepler und Cuntz und dem Betriebsausschuß über das Ziehen der Sirenen geführt habe.

Hüttendirektor Dr. Canaris schildert die Besetzung der Thyssenhütte in Hamborn, die am 10. März stattgefunden hat. Diese Besichtigung dauerte fast drei Stunden, und während der ganzen Zeit heulten die Sirenen unaufhörlich. Es ereignete sich aber kein Zwischenfall. Als die Kommission wieder abzog, erklärte ein Mitglied derselben dem inzwischen in der Hütte eingetroffenen Herrn Fritz Thyssen, daß er sich freue, daß alles ohne Zwischenfall abgelaufen sei, und der befehlshabende Offizier hatte dem Zeugen vorher erklärt, als er auch ihn nach dem Grunde des Heulens der Sirenen fragte, daß er hierüber Besorgnis habe. Er sei schon lange in dieser Gegend und kenne die Leute als durchaus friedlich.

Die Sitzung wurde abends auf Montag vormittag vertagt. Da noch 18 Zeugen zu vernehmen sind, ist es zweifelhaft, ob Montag eine Beendigung des Prozesses möglich ist.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 5. Mai.

Im Reichstag wurde heute der Gesetzentwurf, durch den die Dienstgeldsätzen der Geldentwertung angepaßt werden, in zweiter und dritter Beratung angenommen, ebenso in allen drei Lesungen das Gesetz über das Mindestgrundkapital von Aktiengesellschaften und die Novelle zum Gesetz über die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften.

Eine ausgedehnte Debatte entspann sich bei der Einzelberatung des

Etats des Reichsarbeitsministeriums

vor allem über das Lehrlingswesen und die Regelung der Ausbildung Jugendlicher. Abg. Esser (Zentr.) unterstützte in einer Ausschußentschließung die Forderung nach gesetzlicher Regelung der Ausbildung Jugendlicher, lehnte dagegen die weiteren Forderungen dieser Entschließung ab, nämlich die Einbeziehung der Lehrlinge in die Tarifverträge und die Bezahlung der Fortbildungsschulzeit an jugendliche Arbeiter durch den Arbeitgeber. Die Ausschußentschließung wurde diesem Antrag entsprechend dergestalt erledigt, daß die erste Forderung nach gesetzlicher Regelung der Berufsausbildung angenommen wurde, während die Forderung einer Einbeziehung der Lehrlinge in die Tarifverträge und der Bezahlung der Fortbildungsschulzeit durch die Arbeitgeber an den Sozialpolitischen Ausschuß verwiesen wurden.

Die Beiträge zum Internationalen Arbeitsamt in Genf,

die nach der Regierungsvorlage 74½ Millionen betragen, hatte der Ausschuß auf 50 Millionen gekürzt. Hierzu beantragte Abg. Lambach (D.-N.) die vollständige Streichung der Beiträge, da in einer Zeit der allgemeinen Unterdrückung unseres Landes Deutschland keinen Grund habe, freiwillig sich noch weiteren internationalen Bindungen zu unterwerfen. Dieser Antrag wurde abgelehnt und der sozialdemokratische Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage angenommen. Gleichfalls angenommen wurde eine sozialdemokratische Entschließung, in der Entschädigung für Arbeiter verlangt wird, die infolge von Betriebsgefahren erkrankten oder Berufskrankheiten erleiden.

Darauf vertagte das Haus die weitere Beratung auf Montag, 2 Uhr; außerdem Besprechung des Antrags der Deutschvölkischen Freiheitspartei wegen Verletzung der Immunität durch die Berliner Polizei.

Freistaat Sachsen.

Die Kontrollausschüsse und die Beamten.

Das Wirtschaftsministerium gibt infolge einer Eingabe wegen Auslegung der Bekanntmachung über die Einrichtung von Preisprüfungsstellen folgendes bekannt:

1. Beamte dürfen auch weiterhin Mitglieder der Preisprüfungsstellen sein, da die Kontrollausschüsse den Preisprüfungsstellen nur angegliedert sind.

2. Das Wirtschaftsministerium erhebt auch keinerlei Einwendungen dagegen, wenn Beamte in die Kontrollausschüsse gewählt wurden. Wenn die Beamten in der Verordnung nicht besonders benannt wurden, so ist es lediglich deshalb geschehen, weil die Organisationsverhältnisse in den einzelnen Orten sehr verschieden sind und in einem kleinen Ausschuß nicht jeder Berufsgruppe eine Vertretung zugebilligt werden kann. Eine grundsätzliche Ausschließung der Beamten ist nicht beabsichtigt gewesen. Das Wirtschaftsministerium erwartet, daß die Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten sich über diese Frage leicht verständigen werden.

*

gs. Faß 5 prozentige Heraufsetzung des Gold- und Silberankaufspreises. Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt vom 7. d. Mts. ab bis auf weiteres zum Preise von 125 000 Mark für ein 20-Markstück und 62 500 Mark für ein Zehnmarkstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichssilbermünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt bis auf weiteres vom genannten Datum zum 2000fachen Betrage des Nennwertes.

gs. Das neue Hartgeld soll mit Nachdruck verbreitet werden. Das neue Hartgeld in Stücken zu 200 Mark usw. wird in großen Mengen hergestellt, ist aber noch wenig im Verkehr. Um diesen möglichst schnell damit zu durchsetzen, sollen sich die öffentlichen Kassen bei allen Zahlungen in größerem Umfang des Hartgeldes bedienen. Die Münzen liegen für sie bei den Reichsbankanstalten in ausreichenden Mengen bereit und können von dort verlangt werden. Einzelne Verwaltungen haben ihren Kassen nahegelegt, z. B. jedem Gehalts- und Lohnempfänger jedesmal mindestens den zwanzigfachen Betrag des Nennwertes der einzelnen Münzen zu verabfolgen, soweit natürlich die Zumessungen nicht auf ein Konto überschrieben werden.

gs. Maikäferplage. Im vergangenen Jahre haben Garten- und Feldfrüchte hier und da stark unter Engerlingsfraß gelitten. Voraussichtlich wird im laufenden Jahre ein sehr starker Maikäferflug eintreten und mit ihm der Blattfraß der Maikäfer einsetzen. Wo dieser nicht zur völligen Entlaubung führt, bleibt seine wirtschaftliche Bedeutung gering. Die Eiablage der Käfer im Boden erneuert jedoch den 3—5 Jahre währenden Wurzelfraß der Engerlinge alljährlich in wachsendem Umfange. Nur eifriges Sammeln und Vernichten der Käfer schützt daher wirksam gegen Engerlingsplagen. An Waldrändern, Feldgehölzen, Obstbäumen und Buschwerk werden im Morgengrauen die erstarrten Käfer auf Ernteplanen abgeschüttelt. Stämme und Aeste werden mit lappenumwickelter Keule oder Stange angeprellt, die herabfallenden Käfer gesammelt, gebrüht und gedörrt als Geflügelfutter verwendet. In ausgesprochenen Flugjahren wird dieses Sammeln, an dem unter Führung Erwachsener die Schuljugend beteiligt werden kann, in der Gemeindeflur am besten kolonnenweise durchgeführt, wobei Fanggelder den Sammeleifer erhalten. Die Zuwanderung des im allgemeinen bodenständigen Käfers aus Nachbargebieten bleibt gering. Das planmäßige Sammeln kommt daher der Gegend selbst zugute und hat anderwärts bereits zu besten Erfolgen geführt. Die staatliche Hauptstelle für Pflanzenschutz Dresden, Stübelallee 2, wird ihrerseits gern durch Rat und Hilfe bei der Organisation solchen Vorgehens zur Sicherung des Erfolges beitragen.

gs. Mittel gegen den Biß toller Hunde. Der 81jährige Förster Gastel erklärt in der „Leipz. Zeitung": Ich will mein vielbewährtes Mittel gegen den Biß toller Hunde nicht mit in das Grab nehmen, sondern es veröffentlichen; es ist der letzte Dienst, den ich der Welt tun kann. „Man nehme warmen Weinessig und laues Wasser, wasche damit die Wunde rein aus und trockne sie. Dann gieße man einige Tropfen Chlorwasserstoffsäure auf die Wunde, weil Mineralsäuren das Gift des Speichels zerstören".

Dresden.

gs. Vortrag über Nervosität und seelische Hemmungen. Da beim letzten Vortrag des Herrn C. H. Huier vom Weishesmi-Institut in Dresden viele Besucher wegen Platzmangels abgewiesen werden mußten, wird der Vortrag abermals wiederholt, und zwar nächsten Mittwoch den 9. Mai abends ½8 Uhr im Hotel Angermann in Dresden, Wilsdrufferstraße 54. Karten sind zu haben im Weishesmi-Institut, Albrechtstraße 20, woselbst auch aufklärende Schriften unentgeltlich abgegeben werden.

pp. Gasvergiftung. Heute vormittag wurde in seiner Wohnung Windmühlenstraße 5 ein 63jähriger Mann mit Leuchtgas betäubt aufgefunden. Es gelang nach 25 Minuten langer Zuführung von Sauerstoff, ihn wieder zum Bewußtsein zu bringen, worauf man ihn nach dem Krankenhause beförderte.

Wettervorhersage.

Warm, Gewitterneigung.